

Klimaziele: «Wir leisten keinen fairen Beitrag»

Ist Liechtenstein auf Kurs, um seine Klimaziele zu erreichen? Auf politischer Seite herrscht Zuversicht. Yvonne Deng von der Solargenossenschaft zeichnet hingegen ein anderes Bild und zeigt Handlungsbedarf auf.

Dorothea Alber

Die Klimakonferenz in Glasgow soll diese Woche weiter das drängendste Problem unserer Zeit lösen. Auch Liechtenstein hat sich das grosse Ziel namens Netto-Null bis 2050 gesteckt und dafür zum Beispiel über die Energiestrategie 2030 Etappenziele formuliert. Doch wie steht Liechtenstein in puncto Energie da? Um eine Antwort darauf zu finden, sind zwei Fragen zentral: Erstens, welche Ziele haben wir uns gesetzt und reichen diese aus, um übergeordnete Visionen zu realisieren? Und zweitens: Sind wir auf dem richtigen Weg, die von uns gesteckten Ziele zu erreichen?

Liechtenstein hat sich in der Energiestrategie drei Ziele gesetzt: Eins zur Effizienz, eins zu erneuerbaren Energien, und eins zu den Klimaauswirkungen. «Für alle drei Ziele gilt: Wir können sie noch erreichen, wenn wir weitere Massnahmen ergreifen», sagt **Yvonne Deng** von der Solargenossenschaft in Liechtenstein und Experte für Energiethemen. «Aber die übergeordnete Visionen, wie zum Beispiel eines hochmodernen, effizienten Energiesystems mit höherem Selbstversorgungsgrad oder eines fairen Beitrags zum Klimaschutz werden wir damit nicht erreichen. Dazu müssen wir uns viel ambitioniertere Ziele setzen», sagt Deng.

Lassen Sie uns über jedes der Ziele sprechen – wie schätzen Sie das übergeordnete Klimaziel ein?

Yvonne Deng: Mit unserem 40%-Ziel leisten wir keinen fairen Beitrag zum Klimaschutz. Selbst die EU hat ihr Ziel den wissenschaftlichen Erkenntnissen der letzten Jahre angepasst und sich zu 55% bis 2030 verpflichtet. Wir sollten mindestens so viel beitragen.

Der Grossteil unserer Emissionen kommt aus dem Energiesektor, schauen wir uns daher die Energieziele an: Wie steht es um die Energieeffizienz?

Die Regierung ist in ihrem aktuellen Monitoring-Bericht zur Energiestrategie 2030 zuversichtlich, dass wir das erste Ziel zur Energieeffizienz erreichen, basierend auf der durchschnittlichen Entwicklung seit 2008. Wenn man sich aber die Entwicklung in den letzten sechs bis sieben Jahren anschaut, so ist sie flach. Wenn es so weitergeht, werden wir 2030 denselben Energieverbrauch haben wie heute und sowohl das 2030- wie auch das 2050-Ziel weit verfehlen. Wir müssten viel stärker auf die Reduktion und Elektrifizierung des Verbrauchs setzen, besonders beim Heizen und bei der Mobilität. Wir hatten natürlich auf die Revision des CO₂-Gesetzes in der Schweiz gehofft, welches Liechtenstein auch umgesetzt und das wichtige Fortschritte vor allem im Bereich Energieeffizienz in Gebäuden gebracht hätte.

Und bei den erneuerbaren Energien?

Das zweite Ziel zum Zubau der erneuerbaren Energien sollte zwar realistisch sein, beruht allerdings auf PV-Zubauraten, die wir immer noch verfehlen, wie die Regierung im Monitoringbericht auch schreibt. Zur Erreichung der internationalen Klimaziele müssten wir zudem bei der Stromversorgung bis 2030 praktisch bei null Emissionen sein. Offiziell sind wir das, da international nur territoriale Emissionen zählen, aber ehrlicherweise müssen wir da auch den importierten Graustrom anschauen. Auch für dieses Ziel sollten wir den nicht vermeidbaren Verbrauch elektrifizieren und mit erneuerbarem Strom betreiben.

Die Pläne für den Zubau der Fotovoltaik-Anlagen stossen bei der Solargenossenschaft auf Kritik. Warum?

Die jährlichen 5-Megawatt-Peak als Ziel sind nicht ambitioniert, da diese nicht ausreichen werden, um die übergeordneten Ziele für den Klimaschutz zu erreichen. Und die Massnahmen reichen nicht ein-mal aus, um die Ziele der eigenen Energiestrategie zu erreichen. Denn diese fünf Megawatt haben wir bisher nicht geschafft, daher stellt sich die Frage, warum wir diese – ohne zusätzliche Massnahmen – in Zukunft jedes Jahr erreichen sollten? Die Regierung muss also aktiv werden, um den eigenen Fahrplan bis 2030 umsetzen zu können. Wir haben zwar schon relativ gute Förderinstrumente, doch die Unsicherheiten bezüglich der Fördermodelle bei PV-Anlagen waren zuletzt wenig hilfreich.

Was müsste sich Ihrer Meinung nach ändern?

Durch Bauvorschriften auf Gemeinde-



ebene werden PV-Anlagen verunmöglicht, daher besteht in diesem Punkt Handlungsbedarf. Einige Gemeindereglements sehen Ausschlusszonen vor und verbieten Fotovoltaikanlagen in gewissen Zonen oder an den Fassaden grundsätzlich, obwohl sie auf Flachdächern meist erlaubt sind. Diese Reglements sind nicht zeitgemäss, es fehlt das Verständnis für den jetzigen Stand der Technik. Man kann PV heutzutage architektonisch sehr schön integrieren. Wichtig ist neben den Förderprogrammen auch die Informationsarbeit: Vielfach ist Hausbesitzern gar nicht bewusst, dass sie eine wichtige Einkommensquelle auf dem Dach haben, die sie mittels der Förderprogramme sehr leicht erschliessen können. Es müsste eine breite Kampagne geben in Liechtenstein, damit Menschen jene Informationen erhalten, die sie benötigen.

Sonderserie Klimaziele

Teil 2: Energieerzeugung und -beschaffung
Teil 3 folgt in den nächsten Ausgaben.

Die Solargenossenschaft spricht sich für eine Pflicht für Fotovoltaikanlagen bei Neubauten aus. Warum?

Es bestehen bereits sehr viele Bauvorschriften, warum sollten diese künftig nicht ausgeweitet und modernisiert werden? Es gibt in meinen Augen keinen Grund, heutzutage neue Häuser zu bauen, die uns ohne PV-Anlagen in Zukunft einen hohen Energieverbrauch beschere. Entsprechende Regeln gibt es schon anderswo, siehe Wien, Baden-Württemberg, Hamburg und St. Gallen. Vor allem sollte das bei Gebäuden der öffentlichen Hand keine Frage mehr sein, hier sollten die höchsten Standards nach den geltenden EU-Richtlinien zu Null-Energie-Gebäuden eingehalten werden.

Gibt es denn geplante Massnahmen der Regierung, die Sie zuversichtlich stimmen, die Zubauziele könnten doch erreicht werden?

Meines Wissens nach arbeitet die Regierung an neuen Ideen, aber diese sind noch nicht veröffentlicht.

Meines Wissens nach arbeitet die Regierung an neuen Ideen, aber diese sind noch nicht veröffentlicht.

Modernisierte Bauvorschriften sind also zentral für die Erreichung der Klimaziele?

Ja. Bei den Themen Gebäude und Verkehr müssen auf jeden Fall Massnahmen folgen. Die offiziellen Klimaziele beruhen auf territorialen Emissionen, daher besteht in Liechtenstein beim Strom keine allzu grosse Herausforderung. Dennoch sollten wir darauf achten, wo der importierte Strom herkommt, um die Ziele der Energiestrategie zu erreichen.

Das Potenzial der erneuerbaren Energiequellen ist im Land begrenzt. Die Strategie des Landes fusst also auf Fotovoltaik-Anlagen?

Ja, die Energiewende ist in Liechtenstein eine Solarwende. Es gibt zwar Potenzial für die Windenergie im Land, doch dafür scheint die Zeit nicht reif zu sein. Biogasanlagen stehen derzeit in Europa wieder zur Diskussion und wären auch für Liechtenstein eine Option. Ich denke aber, es ist das Einfachste – die sogenannte «low hanging fruit» – brachliegende Dächer in Liechtenstein für Fotovoltaik zu nutzen.

Reicht dieser Zubau in Zukunft aus, um den inländischen Strombedarf zu decken?

Wir importieren ja heute schon drei Viertel unseres Stroms. Ich denke, diesen Anteil können wir signifikant verringern, indem wir den Zubau fördern und damit auch unseren Beitrag zur Energieversorgung leisten. Wir brauchen aber ein ganz klares Bekenntnis der Regierung zur Energieeffizienz, sonst wird auch diese einheimische Produktion über kurz oder lang mit dem Verbrauch nicht mithalten. Das heisst z. B.: Elektrifizieren des (Rest-) Verkehrs, aber dann mit klaren Anreizen für normal grosse, effiziente Fahrzeuge statt Riesenschiffen. Ganz energieautark werden wir aber nie sein, das ist auch kein realistisches Ziel.



Klima- und Energieexpertin Yvonne Deng. Bild: pd